

PLENUM AKTUELL

28. – 30. Sept. 2010
Themen und Positionen
SPD-Landtagsfraktion



Regierungserklärung zur Schule + SPD-Schulgesetz

Die Plenumswoche begann mit einer wenig spannenden Regierungserklärung der Kultusministerin Henzler, die sich in Ankündigungen verlor, aber nichts Neues für die Schulen zum Inhalt hatte.

Die von der Ministerin sehr früh versprochene 105%-ige Lehrerversorgung ist bis heute nicht in Sicht. Im Gegenteil: Die von der Landesregierung beschlossene Kürzung im Programm „Verlässliche Schule“ hat einen landesweiten Elternprotest hervorgerufen, denn bei den Vertretungsmitteln will die Kultusministerin 10 Mio. € einsparen. Kürzungen im Kultusbereich in Höhe von insgesamt 45 Mio. € sind für die SPD der völlig falsche Weg, denn für uns genießt Bildung höchste Priorität.

Dass in Hessen zu wenig für Bildung und Chancengerechtigkeit getan wird, zeigt auch der Bildungsmonitor 2010. Hessen hat mit Platz 10 unter den 16 Bundesländern viel zu schlecht abgeschnitten.

Das Kultusministerium hat es nicht geschafft, fristgerecht eine Novellierung des Hess. Schulgesetzes vorzulegen. Ursprünglich sollte das Gesetz Ende 2010 auslaufen, aber aufgrund der fehlenden Novelle wurde die Geltungsdauer notgedrungen bis Ende 2011 verlängert.

Dafür haben wir als SPD-Landtagsfraktion in dieser Woche unser neues Schulgesetz eingebracht, welches längeres gemeinsames Lernen zum Inhalt hat und allen Kindern die gleichen Bildungschancen gewährt. Individuelle Förderung, die flexible Schuleingangsstufe und ein weiterer Einschulungstermin im Februar gehören zu unserem Konzept, um so auch Rückstellungen zu vermeiden. Mit einer 6-jährigen Mittelstufe nehmen wir die jetzige Verkürzung bei G 8 zurück, halten aber eine Verkürzung der Schulzeit u.a. durch eine flexible Oberstufe nach wie vor für möglich.

Allen Schulen und Schulformen soll der Weg zur Gemeinschaftsschule eröffnet werden, die mit einem eigenen pädagogischen Konzept alle Abschlüsse anbieten soll, in der sitzenbleiben abgeschafft wird und kein Kind zurückgelassen werden darf.

Die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung wird in unserem Entwurf umgesetzt, indem Eltern das Recht der Schulwahl für ihre Kinder haben – neue Förderschulen soll es in Hessen nicht mehr geben.

20 Jahre Deutsche Einheit

Der Landtag würdigte anlässlich des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit den durch die friedliche Revolution angestoßenen Prozess der Jahre 1989 und 1990. Die deutsche Teilung mahnt uns alle, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu schützen und uns gegen Diktatur und jede Form von Extremismus und Gewalt zu wenden.

Leider wurde die Debatte von CDU und FDP nicht für eine überparteiliche Gedenkstunde genutzt. Im Gegenteil: Der Alleingang der Regierungskoalition mit einem eigenen Antrag ohne Einbindung der anderen Fraktionen sowie „geschichtsverdrehende“ Reden von CDU- und FDP-Abgeordneten führten zum Teil zum Eklat im Hess. Landtag.

Zu diesem historischen Anlass - 20 Jahre Deutsche Einheit - wäre ein gemeinsamer Antrag angemessen gewesen, der insbesondere den Einsatz der DDR-Bürger würdigt, ohne den der Fall der Mauer nicht möglich gewesen wäre. Diese Chance wurde von vertan.

Wir haben in der Debatte keine Geschichts-Klitterung (Franz-Josef Jung als Retter der Deutschen Einheit!) und keine Verharmlosung der sog. Blockflötenparteien zugelassen.

Wir haben in unserem Antrag formuliert, dass Freiheit und Demokratie auch gefährdet sind, wenn die soziale Spaltung der Gesellschaft zunimmt. Auch waren wir es, die daran erinnerten, dass die SED gemeinsam mit den Blockparteien in der DDR einen Unrechtsstaat einge-

richtet hat, in dem systematisch bespitzelt und Menschenrechte massiv verletzt wurden. CDU und FDP haben u.a. wichtige Aspekte wie die Würdigung der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Regierungen von Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher nicht erwähnen wollen.

Es darf für uns keine Verklärung der Geschichte geben, es geht um objektive Aufklärung und darum, Verharmlosungsversuche entschieden zurückzuweisen.

Daher haben wir auch die Unterstützung der Gedenkstättenarbeiten, insbesondere der hessisch-thüringischen Gedenkstätten Point Alpha und Schiffersgrund gefordert, die leider abgelehnt wurde.

Fachkräftemangel

Der Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften gefährdet nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt, sondern forciert auch regionale Unterschiede. Trotz Arbeitslosigkeit, die regional unterschiedlich hoch ist, ist heute schon absehbar, dass wir innerhalb kürzester Zeit einen Fachkräftemangel haben werden. Die SPD fordert, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die hier gegensteuern. Dazu sind mehrere Wege erforderlich:

Ein Handlungsweg für uns heißt bessere Bildung, denn sie verhindert Fachkräftemangel! Es ist ein Armutszeugnis für die Landesregierung, dass nach wie vor viele Schülerinnen und Schüler (ca. 10 %) die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen. Hier versagt in Hessen die Bildungspolitik, die auf Auslese ausgerichtet ist und nicht jedes Kind mitnimmt. Kein Kind darf ohne Abschluss die Schule verlassen!

Auch die von CDU + FDP vorgesehenen Studiengebühren waren der falsche Weg, so kann man dem Fachkräftemangel nicht begegnen.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung in einigen Landesteilen ist schnelles Handeln erforderlich, weil gerade diese Regionen vom Fachkräftemangel besonders betroffen sein werden. Daher ist eine intensive Fort- und Weiterbildungskultur erforderlich, wobei hier insbesondere kleine und mittlere Unternehmen unterstützt werden müssen. Außerdem können wir auf die Erfahrung und Qualifikation von älteren Arbeitnehmer(inne)n nicht verzichten! Auch sie benötigen Weiterbildungsangebote und Förderung.

Darüber hinaus fordern wir mehr Flexibilität in den Unternehmen, um Vereinbarkeit von Familie und Beschäftigung zu gewährleisten. Gerade Frauen mit guter Qualifikation fehlen die notwendigen Rahmenbedingungen, um dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Die Betriebe, die kontinuierlich ausgebildet und auch in der Krise ihr Stammpersonal gehalten haben, werden im Wettbewerb um die besten Fachkräfte die Nase vorn haben. Daher lehnen wir schlecht bezahlte Leiharbeit ab und fordern den Mindestlohn in allen Bereichen.

Fatale Sicherheitsmängel bei Biblis

Mit einem Dringlichen Entschließungsantrag hat die SPD die massiven Sicherheitsmängel im Block B des Kernkraftwerks Biblis im Hess. Landtag zum wiederholten Male thematisiert. Uns treiben die gravierenden Mängel und die Sorge um die Sicherheit der Menschen um.

Anlass war ein im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstelltes Gutachten, das 210 sicherheitstechnische Defizite aufweist, von denen mindestens 80 als „sicherheitstechnisch relevant“ eingestuft werden. Daher ist für die SPD jeder weitere Betrieb des Meilers unverantwortbar, erst recht die beabsichtigte Laufzeitverlängerung für Biblis von ca. 8 Jahren.

Ganz aktuell wurde während der Plenarsitzung ein Zwischenfall im Block A in Biblis bekannt: Bei einer Routinekontrolle wurde festgestellt, dass das Notstandssystem ausgefallen war. Dies beweist einmal mehr, wie katastrophal die Zustände in Biblis sind.

Die Biblis-Blöcke von 1974 und 1976 gehören zu den ältesten Meilern, die in Deutschland am Netz sind. In der bisher unveröffentlichten Studie heißt es, der Meiler Biblis B entspreche in vielen Punkten nicht mehr dem heutigen Stand der Technik und müsse aufwendig nachgerüstet werden.

Wir fordern, am Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie festzuhalten und werden nicht müde werden, die ungeklärten Entsorgungsfragen und den unverantwortlichen Umgang mit hochgiftigem Atommüll zu thematisieren.

Eine Information von Brigitte Hofmeyer, MdL

www.Hofmeyer-MdL.de